

CHRONIK DER ZEIT

Die große Entscheidung in den USA

Die beiden amerikanischen Parteien haben ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahl aufgestellt. Zwischen den beiden Polen, die Eisenhower und Stevenson heißen, muß sich das amerikanische Schicksal in dem nächsten halben Jahrzehnt bewegen — soweit Präsidenten die amerikanische Geschichte machen und soweit nicht unvorhergesehene und unberechenbare Kräfte ins Spiel kommen. Die amerikanische Präsidentschaftswahl ist ein Geschehnis, das uns alle angeht. Der neue amerikanische Präsident wird in einem entscheidenden halben Jahrzehnt regieren. In diesem Zeitpunkt muß sich das Geschick der Menschheit entscheiden. Die Spannungen, die vor allem in einer gigantischen Rüstung ihren Ausdruck, ihr Instrument und zum Teil auch ihre Ursache finden, müssen entweder in einer Verständigung leidlich beigelegt werden oder eine schreckliche Entladung erfahren. Die Menschheit wird vermutlich vor diesem Kreuzweg stehen, ehe noch das letzte Amtsjahr des neuen amerikanischen Präsidenten zu Ende geht. In der Präsidentschaftswahl Amerikas sind also Entscheidungen beschlossen, die sich im Dasein von uns allen auf weittragende Weise auswirken müssen. Auf den Börsen fallen und steigen in aller Regel die Aktien, wenn große politische Entscheidungen bekannt werden. Es wäre aber nicht schwer, jedem Menschen, jeder Organisation, jedem Verband und jeder Partei in der Welt vorzurechnen, wie sehr die eigenen Chancen und Aussichten infolge dieses oder jenes Ausgangs der Präsidentschaftswahl in den USA steigen oder fallen.

Neue Männer

Die Republikanische Partei hat sich den General Eisenhower zum Präsidentschaftskandidaten erkoren, die Demokratische Partei den Gouverneur Stevenson. Beide Präsidentschaftskandidaten gleichen sich darin, daß sie keine politischen Routiniers sind. Die Praktiker der reinen Parteipolitik sind auf beiden Parteikonventen unterlegen. Es sind keine Figuren, die in der eigentlichen Politik Amerikas eine große Rolle gespielt haben. Die Demokratische Partei hat sich einen Präsidentschaftskandidaten erwählt, der noch kaum einen rechten Namen hat. Eisenhower ist zwar ein großer Name, er ist sogar mit den großen Geschehnissen der Weltpolitik des letzten Vierteljahrhunderts verknüpft. Aber es war bisher sein Stolz, kein Politiker zu sein. Vor einem Jahr war noch unbekannt, daß

er sich als „Republikaner“ fühlte. Er hat sich auch in der letzten Phase des großen Krieges geweigert, auf politische Notwendigkeiten in seiner Kriegführung Rücksicht zu nehmen, wodurch denn auch Prag und Berlin an die Rote Armee gefallen sind. Ein Mann bewarb sich also um die Präsidentschaft, der nicht Politiker in dem engeren Sinn sein wollte. Der Routinier Taft aber ist gegenüber dem Nichtpolitiker Eisenhower nicht durchgedrungen. Zunächst sah es aus, als ob Taft kraft seiner Beherrschung der Parteimaschine doch den Sieg erringen würde. Der ganze Konvent war von seinen Leuten regiert und verwaltet. Aber eine Woge der Popularität hat den General emporgetragen. Überall herrschte wohl das Bewußtsein, daß man einen „neuen Mann“ nehmen sollte und daß man sich nicht mit den Fehlern, den Rückschlägen, den Illusionen und den Praktiken der Vergangenheit belasten wollte. Bei den Demokraten war diese Tendenz noch stärker. Hier bewarb sich eine ganze Anzahl von Kandidaten. Der Gouverneur Stevenson hatte sich gar nicht beworben und sich sogar gestraubt. Das ist etwas Außergewöhnliches, weil man sich in der Regel in Amerika um die Präsidentschaftskandidatur förmlich bewirbt. Aber jeder andere Kandidat hätte die Belastung durch besondere Richtungen, durch besondere Maßnahmen und Tendenzen in der amerikanischen Politik der letzten Jahrzehnte zu tragen gehabt. Die Regierung Trumans hat zwar wesentliche Erfolge zu verzeichnen. Das Vierteljahrhundert der demokratischen Herrschaft ist zweifelsohne eine Zeit des sozialen Aufstiegs. Aber jede lange Regierung hat ihren Preis. Die Regierung Trumans ist mit einer Kette vom Korruptionsfällen in der letzten Zeit belastet. Es hat große Fehlschläge gegeben, vor allem in der internationalen Politik. Die ganze Enttäuschung des zweiten Weltkrieges haftet an den beiden Figuren, die Amerikas Weltpolitik getragen haben, an Roosevelt und Truman. Der zweite Weltkrieg ist ja in einem größeren Sinne von den USA verloren worden. Der Friede ist ausgeblieben. Es ist also gut, nicht sichtbar und förmlich mit dem politischen Regime des letzten Vierteljahrhunderts verknüpft gewesen zu sein. Der Gouverneur Stevensons hat das Regime Truman und vor allem das Regime Roosevelt nicht verleugnet, aber seine Figur bedeutet keine förmliche Identifizierung mit der demokratischen Politik des letzten Vierteljahrhunderts. Die Nominierung sowohl von Eisenhower als auch von Stevenson

bedeutet also einen Entschluß der amerikanischen Parteien, in einer Weise neu zu beginnen und sich von verbrauchten Wegen und Figuren lernzuhalten.

Keine Revolution der Außenpolitik

Die beiden Kandidaturen bedeuten vor allem, daß es nach der Wahl keinen Umsturz in der Weltpolitik der USA geben wird. Der Abstand zwischen den außenpolitischen Ansichten von Eisenhower und Stevenson kann nicht groß sein. Eisenhower verkörpert die Verbindung der Vereinigten Staaten mit Europa. Seine Wahl war bemerkenswert, weil seine außenpolitische Zielsetzung mächtigen und explosiven Stimmungen in der Republikanischen Partei widersprach. Mitunter mochte der General in den Augen der rechtsgläubigen Republikaner als fünfte Kolonne erscheinen. Bei der Masse der Republikaner war ja die Rede populär, daß die USA in der inneren und äußeren Politik ein Wohlfahrtsinstitut geworden seien. So hat etwa der ehemalige Präsident Herbert Hoover auf dem Konvent der Republikaner gesprochen: Der Staat füttere überall Menschen durch, die sich nicht selber helfen und unterhalten wollten. Im Inneren seien Pensionen, Renten und Staatspfründen in unaufhörlichem Wachsen, so daß schließlich die Gesellschaft an einer inneren Auszehrung durch Schmarotzer sterben müßte. In der Weltpolitik aber werde die Kraft Amerikas dadurch geschwächt, daß es sein Geld für fragwürdige Verbündete hinauswerfe, die sich von den USA schützen und schirmen ließen, statt selber eine redliche Anstrengung für ihre Verteidigung zu machen.

Der General hat sich zwar vor den Stimmungen dieser Art verbeugt. Er hat das außenpolitische Programm des Republikanischen Konvents angenommen, von dem er im privaten Kreise erklärt hat, daß es unpraktisch und unmöglich sei. In diesem Programm werden größere Anstrengungen der europäischen Völker selber verlangt, eine Konzentration auf die amerikanische Rüstung selbst und innerhalb der amerikanischen Rüstungsmaßnahmen die Verlagerung des Schwerpunkts auf die Flotten- und Luftrüstung. Ferner wird in dem Programm erklärt, daß die asiatische Front nicht vernachlässigt werden dürfe. Dieses Programm aber ist nicht starr genug, um dem künftigen Präsidenten jenen Spielraum in den außenpolitischen Maßnahmen zu rauben, den er haben will. Man weiß natürlich auch nichts, was Eisenhower den Delegierten insgeheim versprochen hat, um ihre Stimmen zu erlangen. Es ist ja nicht so, daß der General nur durch die allgemeine Begeisterung auf dem Kongreß nominiert worden wäre. Er hat Tage hindurch, mit den einzelnen Delegierten verhandelt und darunter

waren genug, die ihren Preis haben und die nicht ohne feste Zusagen hinsichtlich der inneren und äußeren Politik dem General ihre Stimme übertrugen. Aber es ist kaum etwas geschehen, was es einem Präsidenten Eisenhower unmöglich machen würde, die gegenwärtige amerikanische Weltpolitik in den großen Linien fortzuführen. Wenn Asien größeres Schwergewicht erlangen sollte, so liegt das nicht Bin den Stimmungen und Wünschen des Republikanischen Parteikonvents, sondern an der großen Weltpolitik selbst. Auch unter der demokratischen Regierung hat die asiatische Politik stärkere Bedeutung als bisher erlangt. Seit sich Präsident Truman zum Eingreifen in Korea entschloß, sind Bindungen, Verantwortungen und Verflechtungen der USA-Politik gegenüber Asien entstanden!, die nicht nach dem Belieben eines Parteikonvents oder eines Präsidenten abzustreifen sind. Kein theoretisches Bekenntnis zu Europa vermag den Amerikanern die asiatische Last vom Halse zu schaffen, die sie sich aufgeladen haben. Auch der leidenschaftlichste Wille, Europa zu helfen, kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß Asien den USA die Lasten und Opfer aufbürdet, die von der Hilfe für Europa abgezogen werden müssen.

Sieg des alten Amerika

Sowohl die Wahl Eisenhowens als auch die Stevensons offenbart erneut das Schwergewicht des amerikanischen Ostens in der großen Politik der USA. Die dreizehn „historischen Staaten“, wie sie 1783 bestanden — damals ein bloßer Saum am Atlantischen Ozean —, haben die USA geschaffen!, und sie blieben der Sauerkeit des lamerikanischen Lebens, auch als die USA sich aus dem dünnen atlantischen Streifen zur kontinentalen Macht entwickelten. Gegen die Stimmungen und Kräfte dieses galten Amerika“ ist noch immer schwer Politik zu machen. Industriegruppen in den „atlantischen“ Staaten der USA haben besonders auffällig den General Eisenhower unterstützt. Manchmal mochte es im 20. Jahrhundert erscheinen, als wäre das „alte Amerika“ vollkommen überspült und nahezu hinweggeschwemmt von der großen Westwanderung. Aber immer wieder zeigt sich dann doch, wie sich dieser alte historische Kern der USA in seiner geistigen und politischen Führung behauptet. Niederlage der sozialen Reaktion

Als einheitlicher Zug trat auf den beiden Parteikonventen hervor, daß die offene soziale Reaktion in beiden Fällen in den Hintergrund gedrängt wurde. Taft unterlag als Kandidat, weil seine Gegner von ihm sagten: Taft can't win (Taft kann nicht gewinnen), weil er nicht zugkräftig und nicht populär genug sei. Das ist eine Überlegung,

die oft die Parteiführungen veranlaßt, einen Kandidaten zu stützen, auch wenn sie es nur mit Widerstreben tun und es gerne unterlassen hätten. Die Überzeugung aber, daß Taft zu wenig zugkräftig sei, stützte sich nicht zuletzt auf die Tatsache, daß Taft der erklärte und offene Gegner der Gewerkschaften war. Er hat es nie verheimlicht; er ist der führende Urheber des Gewerkschaftsgesetzes, der „Taft-Hartley Act“, deren erklärtes Ziel die Brechung der Macht der Gewerkschaften war. Niemand bezweifelt, daß Trumans so überraschende Wiederwahl der Unterstützung durch die Gewerkschaften zu danken war. Die Erinnerung daran mußte es in größeren Gruppen der Republikanischen Partei als wenig ratsam erscheinen lassen, durch die Nominierung Tafts die Gewerkschaften offen herauszufordern. Sicherlich wird ein Sieg Eisenhowers nicht gerade ein Triumph der sozialen Reform sein. Unter seinen Erklärungen über Beine zukünftige Politik, die sonst nach Möglichkeit Festlegungen vermieden, fällt eine nachdrückliche Feststellung auf, daß er kompromißlos gegen den New Deal sei, gegen die ganze wirtschaftliche und soziale Reformpolitik, wie sie Franklin Delano Roosevelt eingeleitet hat. Eisenhower will sicherlich kein „sozialer General“ sein. Taft hat ja die Kontrolle über den Parteiapparat behalten, trotzdem er in Ohikago unterlegen ist. Er wird unter einer Präsidentschaft Eisenhowers genug Möglichkeiten haben, den reaktionären Kreisen, die zum Teil hinter ihm stehen, zu Einfluß in (Staat und Gesellschaft zu verhelfen.

Die soziale Hausmacht der Demokraten

Die Tatsache des „neuen Mittelstandes“, der im letzten Vierteljahrhundert emporstieg, läßt alle Möglichkeiten im November offen. Die Demokraten haben noch immer eine Chance. Der Gegensatz zwischen Nord und Süd ist auf ihrem Parteikonvent in Chikago einigermaßen überbrückt worden. Die Vertreter der Südstaaten wollten ursprünglich gegen die Erklärung der Menschenrechte revoltieren, die auf dem Konvent angenommen wurde. Den Südstaaten liegt nichts daran, daß den Negern die Gleichberechtigung noch einmal bescheinigt wurde. Sie wollen auf die Politik der Absonderung nicht verzichten. Die Erklärung ist schließlich doch, und zwar ziemlich einstimmig, angenommen worden. Das heißt natürlich nicht, daß nun die Südstaaten in der Praxis auf ihre alte Politik der Nichtgleichberechtigung gegenüber den Schwarzen sogleich verzichten werden. Die Demokratische Partei ist wie die Republikanische eine Anhäufung der vielfältigsten Interessen und ist keineswegs auf einen einzigen sozialen und ideologischen Nenner

zu bringen. Es konnte z. B. geschehen, daß einem Kandidaten für die Präsidentschaft (Russell) eine Anzahl von Staaten ihre Stimme entzogen, weil er sich offen gegen das Gewerkschaftsgesetz von Taft erklärte, und die förmliche Aufhebung der antigerwerkschaftlichen Gesetzgebung verlangte. Aber der neue Mittelstand (die Farmer, die ihre Absatzkrise und den Schuldendruck überwunden haben, die Arbeiter, die an sozialer Sicherheit und Wohlstand gewonnen haben, die Beamten, die von der Republikanischen Partei als Pest behandelt werden) bildet eine soziologische Hausmacht der Demokraten.

Gewerkschaftspartei?

Die „politische Anlehnung“ der Gewerkschaften ist durchaus noch nicht einheitlich. Es gibt noch immer republikanische Gewerkschaften; aber die herrschende Strömung der Gewerkschaftsbewegung geht doch zugunsten der Anlehnung an die Demokratische Partei. Sicherlich beherrschen die Gewerkschaften diese Partei nicht; aber sie spielen dort häufig genug eine typische und zentrale Rolle (wie nirgend in der Republikanischen Partei). Vielleicht ist die Neigung in den Gewerkschaftskreisen der USA im Wachsen, aus den Gewerkschaften eine eigene politische Partei zu bilden; aber diese Strömungen sind noch sehr weit davon entfernt, irgendeine reale politische Bedeutung zu haben. Das Bündnis großer Gewerkschaftsgruppen mit der Demokratischen Partei ist seit der Wiederwahl Trumans ein charakteristischer Zug im amerikanischen politischen Leben. Der neue Mittelstand aus Farmern, Arbeitern und den Trägern der Staatsverwaltung ist ein soziologischer Kern der Demokratischen Partei geworden. Die Demokratische Partei verfügt über eine Anhängerschaft, die durch das Hin und Her der Stimmung wenig erschüttert wird. Die Popularität von General Eisenhower ist unbestritten. Die Entwicklung der Weltlage wird einen großen Einfluß darauf haben, ob das amerikanische Volk sein Schicksal dem General in die Hände legen wird. Aber noch ist Amerika keineswegs so weit, daß die Stimmungswoge alle Abgrenzungen zwischen den sozialen und politischen Gruppen überspült. Kriegsrühm schreckt in den angelsächsischen Ländern beinahe ebenso häufig wie er werbekräftig ist (wie die Niederlage Churchills, des Siegers im zweiten Weltkrieg, in den Parlamentswahlen von 1945 zeigt). Wenn nicht die Weltlage das amerikanische Volk in einer neuen ungeahnten Weise aufwühlt, werden die Stimmungen und Überzeugungen des Alltags und die sozialen Interessen ihr Gewicht und ihren Einfluß bei der großen Wahl behalten.

PROF. DR. MICHAEL FREUND